

Nein zu Kürzungen und Privatisierungen!

Widerstand ins Stadtparlament und auf die Straße!

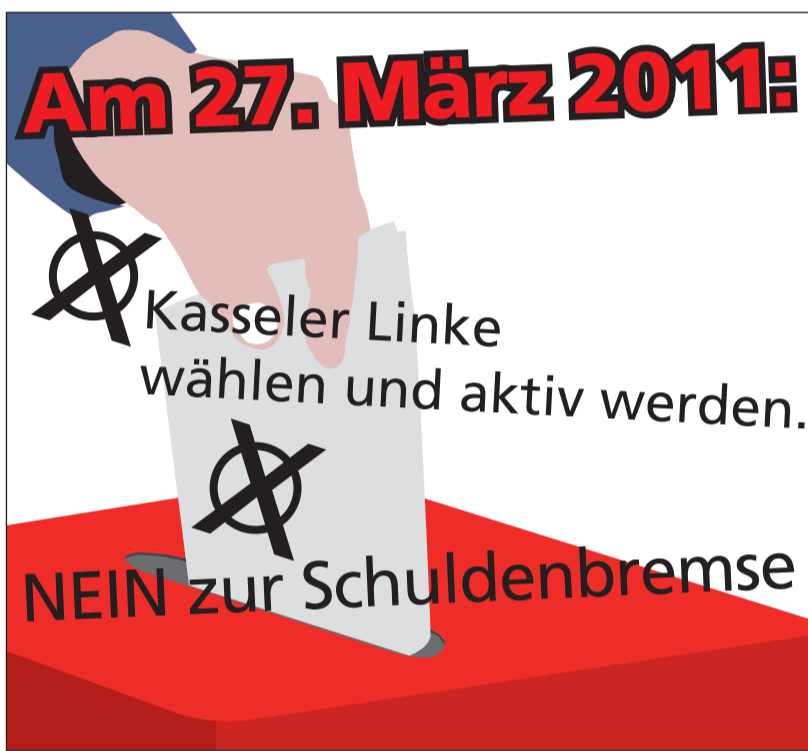
Jeder Cent in den Kommunen wird umgedreht, und es wird auf leere Kassen verwiesen. Doch für Banken und Großunternehmen wurden im Zuge der Krise Hunderte Milliarden an Euro zur Verfügung gestellt. Stellenabbau, Angriffe auf die öffentliche Infrastruktur, Verschlechterungen bei Löhnen, Freizeit- und Kulturangeboten sind die eine Seite der Medaille. Sprudelnde Gewinne und jetzt wieder satte Bonizahlungen in den Chefetagen der Banken und Konzerne sind die andere.

Proteste haben Wirkung

Natürlich: vor den Wahlen wird nicht von Kürzungsmaßnahmen geredet. Jedoch gibt es Beispiele, die deutlich machen, wo für die Politiker der etablierten Parteien auch hier in Kassel die Prioritäten stehen.

Im Jahr 2010 wurde Hartz-IV-Betroffenen in Kassel noch weniger ausgezahlt, als das Wenige was ihnen rechtmäßig zusteht. Nur dank des kompromisslosen Drucks der Kasseler Linken machte Stadtkämmerer Barthel das Zugeständnis, die tatsächlichen Mietkosten zu zahlen. Die Regelung läuft allerdings Ende Juni aus. Es ist zu erwarten, dass nach den Wahlen wieder bei LeistungsempfängerInnen gespart werden soll. Das Beispiel zeigt aber: Protest kann etwas bewirken.

Das nächste Beispiel macht deutlich, wie die Stadtoberen mit den Bedürfnissen von Kasseler Jugendlichen umgehen. Nach monatelanger Ignoranz gegenüber der Forderung nach einer neuen Skatehalle reagierte der OB erst, als 250 Menschen vor dem Rathaus demonstrierten. Dann sagte er dem Verein Mister Wilson die (befristete) Finanzierung einer Halle zu. Doch auch das bleibt ein bloßes Lippenbekenntnis, wenn nicht die



vollständige Finanzierung der Mietkosten und eine tariflich bezahlte Vollzeitstelle garantiert werden. Auch hier ist nötig, den Kampf darum weiterzuführen.

Im Klinikum Kassel wird erneut die Übernahme der Azubis nach der Pflegeausbildung in Frage gestellt. Obwohl die KollegInnen auf den Stationen vor lauter Arbeit nicht wissen, wo ihnen der Kopf steht, soll weiter Personal abgebaut werden! Das bedeutet immer schlechtere Gesundheitsversorgung für die Kasseler Bevölkerung. Deshalb ist es nicht nur im Interesse der auslernenden Pflege-Azubis, sondern aller Beschäftigten und der Mehrheit der Kasseler Bevölkerung, dass die Übernahme der Azubis garantiert wird – bei Vollzeit und unbefristet. Auch dieses Ziel wird auf Dauer nur durch gemeinsame Proteste erreichbar sein.

Schuldenbremse heißt Sozialabbau

Die Lage der Kommunen spitzt sich aufgrund der Krise der öffentlichen Haushalte zu. Es ist davon auszugehen, dass in Kassel nach der Wahl

massive Kürzungen drohen. Früher oder später wird der Verkauf des Klinikums wieder zur Debatte stehen. Für Freizeit-, Kultur- und soziale Angebote wird immer weniger Geld da sein. In anderen Städten hat dies bereits zu Schließungen von Schwimmbädern, Theatern und Bibliotheken geführt.

Die so genannte Schuldenbremse, über die am Wahltag abgestimmt wird, dreht den Geldhahn der Kommunen weiter zu. Nach Jahrzehnten der Umverteilung von unten nach oben soll die Masse der Bevölkerung für die Steuergeschenke an die Reichen mit weiteren Einschnitten bezahlen. Die privaten Geldvermögen haben im Jahr 2010 nach Angabe des DGB einen neuen Rekordwert von 4,88 Billionen Euro erreicht. Zwei Drittel davon gehören den „oberen zehn Prozent“ der Bevölkerung. Würde man diese Multimillionäre (und Milliardäre) mit nur einem Drittel ihres enormen Geldvermögens besteuern, wären alle Kommunen und Länder auf einen Schlag schuldenfrei!

Widerstand wird dringend notwendig

Sozialistische Kommunalpolitik muss jeder Kürzung im sozialen, Gesundheits-, Freizeit-, Kultur- und Bildungsbereich eine klare Absage erteilen. Gleichzeitig gehören Prestigeobjekte wie der Ausbau des Flughafen Kassel-Calden gestoppt. Dabei macht es einen Unterschied, ob eine Fraktion im Rathaus sitzt, die durch Solidarität mit Streikenden, Protestierenden und Menschen in Bewegungen den außerparlamentarischen Widerstand ins Parlament trägt. Unsere KandidatInnen auf der Liste der Kasseler Linken stehen genau dafür.

Die Reichen sollen zahlen - Weg mit dem Profitsystem

Wir werden oft gefragt: Was würdet ihr anders machen, wenn ihr eine Mehrheit im Rathaus hättet? Zum Beispiel, wenn der Stadt Kassel damit gedroht wird, ein Spardiktat von oben aufzudrücken? Der einzige Weg wäre, sich zu weigern, es umzusetzen. Die Kasseler Beschäftigten, Jugendlichen, RentnerInnen und Hartz IV-Betroffenen, die allesamt von Kürzungen und Privatisierungen betroffen wären, müssten mobilisiert werden – zu massenhaften Protesten, Demonstrationen und Streiks. Anstatt horrenden Zinsen an die Banken zu zahlen, die dadurch an der Verschuldung der öffentlichen Haushalte verdienen, sollte ein Stopp der Zinszahlungen verhängt werden. Ein Haushaltsplan, der sich an den Bedürfnissen der Mehrheit der Kasseler Bevölkerung orientiert, würde aufgestellt, ungeachtet der Drohungen von Seiten der Bundes- oder Landesregierungen und der Banken. Doch auch andere Kommunen müssten diesen Kampf aufnehmen. Innerhalb eines Wirtschaftssystems, in dem die Reichen von großen Konzernen und Banken das Sagen haben

und alles darauf ausgerichtet ist, dass diese ihre Profite erhöhen können, wird am Ende immer stehen, dass die Masse der Bevölkerung dafür bezahlt. Deshalb sollte der Widerstand gegen Kürzungspolitik und gegen die Politik für Banken und Konzerne mit der Perspektive verbunden werden, das ganze Profitsystem zu überwinden. Für eine Gesellschaft, in der die Bedürfnisse von Mensch und Umwelt zählen und nicht der Profit!

Simon Aulepp, Lehrer: „Widerstand ins Parlament tragen“



„Wie soll die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, die Schließung kommunaler Betriebe, unserer Schwimmbäder, Jugendzentren und Sporteinrichtungen verhindert werden? Wie sollen in Zukunft Entlassungen im öffentlichen Dienst gestoppt werden? Die Banken machen täglich neue Profite mit der Verschuldung der öffentlichen Haushalte. Geld ist genug da – es ist nur in den falschen Händen. Wir zahlen nicht für eure Krise! Die Angriffe auf unsere Lebensbedingungen, die die Stadt zur Finanzierung der Steuergeschenke und Rettungspakete an Reiche und Banken durchführen wird, können wir nur durch den gemeinsamen Widerstand der Betroffenen stoppen. Diese Proteste gegen den Sozialkaßschlag der Regierungen werde ich mit aufbauen und ins Parlament tragen.“

„Der einzige Weg ist die außerparlamentarische Mobilisierung“

Interview mit Claus Ludwig, Stadtrat in Köln

Wie wirkt sich in Köln die Krise auf kommunaler Ebene aus? Was ist diesbezüglich für die Zukunft zu erwarten?

Der Doppelhaushalt 2010/11 ist von Kürzungen geprägt. Allerdings führte der konjunkturelle Aufschwung und die leichte Umverteilung von der Landesebene zu einer Entlastung des Kölner Haushalts. Die Kürzungen im Sozial- und Kulturbereich sind zwar drastisch, aber sie werden ihre Wirkung erst schrittweise entfalten, durch Druck auf Löhne, Arbeitsbedingungen und den schleichenden Abbau öffentlicher Dienstleistungen. Daher fiel es der bürokratischen Führung der Proteste gegen die Kürzungen – Wohlfahrtsverbänden und DGB – relativ leicht, die Proteste auf einige Demos zu beschränken.

Mittelfristig ist die Haushaltslage in Köln jedoch ebenso schlimm wie in anderen Städten, die Sozialausgaben steigen, die Unterfinanzierung ist chronisch. In einem 10jährigen „Sparprogramm“ sollen Haushaltsausgleich und Schuldenabbau erreicht werden. Über kurz oder lang wird das zu massiven Angriffen auf Jobs und Services führen, die dann auch härteren Widerstand provozieren werden. Die Lage in vielen Ruhrgebietsstädten ist schon heute weitaus dramatischer als in Köln.

Wenn man an Köln denkt, fällt einem da auch der „Kölsche

Klüngel“ ein. Was hat es damit auf sich?

Ein Beispiel dafür ist der Bau der Messehallen. Etablierte Parteien, Verwaltungsspitzen und städtische Sparkasse setzten durch, dass ohne Ausschreibung der Auftrag zum Bau vergeben wurde, die Hallen werden über 30 Jahre an die Stadt vermietet. Alle Risiken liegen bei der Stadt, den Investoren wurde eine Rendite von nahezu 10% garantiert. Der Schaden für Stadt und Messe dürfte mehrere Hundert Millionen Euro betragen. Diese Art von „Stadtentwicklung“ zu Gunsten privater Investoren und zu Lasten der öffentlichen Kassen findet man in jeder Kommune. Die Kölner Besonderheit ist die Geschlossenheit der herrschenden Klasse – Politik, Verwaltung, Medien hielten zusammen und verhinderten lange Zeit öffentliche Debatten.

Was kann die Linke im Stadtparlament erreichen? Was bedeutet die Rolle als revolutionärer Sozialist dabei?

Erst einmal muss die LINKE realisieren, was sie nicht erreichen kann. Sie kann nicht über die Arbeit im Stadtrat selbst die Politik der Kommune maßgeblich beeinflussen. Sie kann nicht durch Fleißarbeit, dutzende Anträge, Anfragen und intensives Studieren sämtlicher Verwaltungsunterlagen spürbare Veränderungen

für die ArbeiterInnen, die Jugend, die Erwerbslosen usw. durchsetzen. Natürlich kann die eine oder andere Verbesserung durchgesetzt werden. Nur sollte das nicht mit der Illusion verbunden werden, man würde am großen Rad mitdrehen.

Ratspolitik darf nicht mit wirklicher linker Kommunalpolitik verwechselt werden. Wenn die linken Ratsmitglieder und die FraktionsmitarbeiterInnen die meiste Zeit damit verbringen, sich an den Vorgaben der Verwaltung und der Bürgerlichen abzuarbeiten, sich die Themen von diesen bestimmen lassen, dann sind sie schon auf dem falschen Weg. Der einzige Weg, entscheidende und längerfristige Veränderungen durchzusetzen, ist die außerparlamentarische Mobilisierung, ist der Kampf, der zu politischem Bewusstsein, Selbstaktivität und Selbstorganisation führt. Die Position im Stadtrat kann dabei eine wichtige Rolle spielen. Die Tatsache, dass linke Ratsmitglieder die Forderungen sozialer Proteste in den Rat und die Presse tragen können, kann wie ein Katalysator wirken, aber es ersetzt diese Proteste nicht.

Als revolutionärer Sozialist im Stadtrat sehe ich es als meine zentrale Aufgabe, den Rat als Tribüne zu benutzen, um linke Ideen zu vertreten und die Informationen, die ich dort bekomme zu nutzen, um den Widerstand gegen Sozialkürzungen oder auch gegen Nazis und Rassismus mit aufzubauen.

David Redelberger, Student:
„Zukunft erkämpfen“



„Ohne Widerstand hätte es keine Perspektive für eine neue Skatehalle in Kassel gegeben. Wir bekommen nichts geschenkt. Das gilt nicht nur für Jugendkultur und kostenlose Freizeitmöglichkeiten, sondern auch für gute Bildung, Ausbildungsplätze und die unbefristete Übernahme im erlernten Beruf. Wir müssen unsere Zukunft selber erkämpfen. Deshalb habe ich die Bildungsstreiks von Schülerinnen, Studierenden und Azubis seit 2008 unterstützt und mitorganisiert. Wir brauchen einen gemeinsamen Kampf für:

- Ein öffentliches Investitionsprogramm in den Bereichen Soziales, Kultur, Umwelt und Bildung

- Die unbefristete Übernahme der Auszubildenden in ein Vollzeit-Arbeitsverhältnis im erlernten Beruf bei den städtischen Betrieben“

Katja Hoffmann, Krankenpflegerin:
„Mehr Geld und Personal für Krankenhäuser!“



Bei den Krankenhäusern wird gespart. Die Situation wird für PatientInnen und Personal von Jahr zu Jahr schlechter. Die Arbeitsbelastung steigt. Obwohl genug Arbeit auf den Stationen vorhanden ist, wird nun wieder die Übernahme der Azubis in Frage gestellt. Stellenabbau, Lohnkürzungen und Arbeitsverlängerung dienen einem Zweck: durch Kostensenkung soll das Klinikum für einen möglichen Käufer attraktiv gemacht werden. Gegen eine Privatisierung ist gemeinsamer Widerstand von Beschäftigten und der Kasseler Bevölkerung nötig!

- Nein zur Privatisierung oder Teilprivatisierung an Kasseler Krankenhäusern.

- Kein Stellenabbau und Übernahmestopp an Kassels Krankenhäusern, sondern Erhöhung des Personalschlüssels für eine qualitative Versorgung der Patienten.“

Leonie Blume,
„Weg mit Hartz IV“



„Der Skandal in Kassel um Hartz IV zeigt einmal mehr: Den Politikern der etablierten Parteien ist es egal, wie Menschen ohne Arbeit und geringem Einkommen leben. Das gesamte Hartz-IV-System muss weg. Anstatt, dass einige sich kaputt arbeiten und andere keinen

Job haben, brauchen wir eine drastische Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich, so dass die Arbeit auf alle verteilt werden kann. Wer keine Arbeit hat, darf nicht schikaniert und bestraft werden. Für eine soziale Mindestsicherung, von der man menschenwürdig leben kann!

- Unbefristete Berechnung der „Kosten der Unterkunft“ für LeistungsempfängerInnen nach den Standards des Bundessozialgerichts.

- Statt Hartz IV eine soziale Mindestsicherung, die sich an der Armutsdefinition der EU orientiert (60 Prozent des durchschnittlichen Einkommens)

- Verteilung der Arbeit auf alle durch 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.“

Wer wir sind und was wir wollen

Das Grundprinzip des Kapitalismus lautet: Produktion für den Profit statt für Mensch und Natur. Es wird zwar gesellschaftlich produziert, aber der Gewinn privat angeeignet.

Die Folgen dieser Produktionsweise sind irrsinnige Widersprüche und regelmäßig wiederkehrende Krisen, wie die jüngste Weltwirtschaftskrise. Ein noch niemals dagewesener Reichtum in den entwickelten kapitalistischen Ländern steht Hunger und Elend in weiten Teilen der Welt gegenüber.

Auch bei uns haben Lohnabhängige, SchülerInnen, StudentInnen und RentnerInnen unter diesem System zu leiden: Arbeitslosigkeit, Bildungsmisere, Armut, Rassismus und Umweltzerstörung betreffen die Mehrheit der Menschen existentiell – während Unternehmen riesige Milliardenprofite verbuchen.

Der Kapitalismus kann nicht zu einer friedlichen und sozial gerechten Gesellschaft umgestaltet werden. Es gilt, den Kampf für Verbesserungen mit dem Kampf für eine andere, sozialistische Gesellschaft zu verbinden. Sozialismus heißt, dass planmäßig nach den Bedürfnissen der Menschen produziert wird, unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung.

Zur Überwindung des Kapitalismus bedarf es einer revolutionären Kraft, die ein klares sozialistisches Programm vertritt. Die Sozialistische Alternative (SAV) ist aktiv bei Protesten für Bildung, im Kampf für den Erhalt von Jugendzentren, beim Widerstand gegen Betriebsschließungen oder bei der Blockade von Nazi-Demos. In der Partei DIE LINKE und deren Jugendverband Linksjugend [‘solid] setzen wir

uns für einen kämpferischen Kurs ein – hin zu einer sozialistischen Massenpartei, die den Herrschenden und Regierenden den Kampf ansagt.

Die Krise des Kapitalismus ist global. Kein ernstes Problem kann im Rahmen eines einzelnen Landes gelöst werden. Es gilt, den betrieblichen, gewerkschaftlichen und den politischen Kampf zu internationalisieren und eine politische Kraft aufzubauen, die weltweit organisiert ist. Daher ist die SAV Teil des Komitees für eine Arbeiterinternationale (CWI). Im CWI kämpfen wir gemeinsam mit unseren Schwesterorganisationen in über 35 Ländern für eine sozialistische Gesellschaft.

Jetzt aktiv werden!

- Ich will weitere Informationen über die SAV
- Ich will Mitglied der SAV werden
- Ich will die Solidarität (15 Euro/Jahr) abonnieren

Vor- und Zuname

Email-Adresse/Telefon

Straße, Hausnummer

Ort und PLZ